

Nomos **HANDKOMMENTAR**

Natter | Gross [Hrsg.]

Arbeitsgerichts- gesetz

3. Auflage



Nomos

NomosHANDKOMMENTAR

Dr. Eberhard Natter | Roland Gross [Hrsg.]

Arbeitsgerichts- gesetz

3. Auflage

Hans-Jürgen Augenschein, Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg a.D., Blaustein | **Christine Bernard**, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Offenbach | **Oliver W. Engel**, Rechtsanwalt, Mediator, Emmerthal | **Dr. Axel Görg**, Rechtsanwalt und Notar a.D., Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin | **Roland Gross**, Rechtsanwalt, Mediator, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Leipzig | **Julius Ibes**, Richter am Arbeitsgericht, Villingen-Schwenningen | **Dr. Thomas Kühn**, Richter am Arbeitsgericht, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin | **Falk Meinhardt**, Richter am Arbeitsgericht, Ludwigsburg | **Dr. Eberhard Natter**, Präsident des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg a.D., Karlsruhe | **Gerhard Pfeiffer**, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Stuttgart | **Frank Schmitt**, Richter am Arbeitsgericht, Berlin | **Dr. Frank Söhner**, Direktor des Arbeitsgerichts, Ulm | **Dr. Andreas Michael Spilger**, Vizepräsident des Sächsischen Landesarbeitsgerichts a.D., Lehrbeauftragter an der Universität Konstanz | **Claudia Stiel**, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Wiesbaden



Nomos

Zitiervorschlag: HK-ArbGG/Bearbeiter § 1 Rn. 1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1067-7

3. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort 3. Auflage

Der Arbeitsgerichtsprozess hat sich in den vergangenen Jahren durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte rasant verändert. An die Stelle der papierhaften Kommunikation und Aktenführung tritt zunehmend ein digitaler Prozess.

Mit dem Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10.10.2013 (BGBl. I 3786) legte der Gesetzgeber den Grundstein für den elektronischen Rechtsverkehr. Mit dem Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5.7.2018 (BGBl. I 2208) verpflichtete der Gesetzgeber u.a. die Arbeitsgerichte, spätestens ab dem 1.1.2026 die Prozessakten elektronisch zu führen. Mit dem Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 5.10.2021 (BGBl. I 4607) bezog der Gesetzgeber die Verbände des Arbeitslebens in die elektronische Kommunikation ein. Schließlich förderte der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz vom 12.7.2024 (BGBl. I Nr. 234) die bereits fortgeschrittene Digitalisierung der Justiz durch verschiedene Rechtsanpassungen.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde die technische Ausstattung der Arbeitsgerichte, von Bundesland zu Bundesland leider unterschiedlich, beträchtlich ausgebaut. Die Verhandlung per Videokonferenz ersetzte teilweise die Präsenzverhandlungen. Diese Entwicklung hatte nicht nur Vorteile, weil die Präsenzverhandlung gerade im arbeitsgerichtlichen Verfahren unbestreitbare Vorzüge hat. Auch nach dem Ende der Pandemie kann die Verhandlung per Bild- und Tonübertragung in geeigneten Fällen jedoch dazu beitragen, die mündliche Verhandlung schneller, effizienter und für alle Prozessbeteiligten mit geringerem Aufwand durchzuführen. Mit dem Gesetz zur Förderung der Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten vom 12.7.2024 (BGBl. I Nr. 237) schuf der Gesetzgeber mit § 50a ArbGG eine eigenständige Rechtsgrundlage für Videoverhandlungen im Arbeitsgerichtsprozess.

Aber auch in anderer Hinsicht hat sich der Arbeitsgerichtsprozess in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Als Reaktion auf die zersplitterte Streitwertrechtsprechung wurde von den Landesarbeitsgerichten im Jahr 2013 ein Streitwertkatalog entwickelt, der die wesentlichen Fallgestaltungen der Streitwertbemessung abbildet. Der Katalog wurde mehrfach fortgeschrieben und ergänzt, zuletzt im Jahr 2024. Dem Streitwertkatalog kommt nur Empfehlungs- und Orientierungscharakter zu. Nicht in allen arbeitsrechtlichen Kreisen findet er vorbehaltlose Zustimmung. Eine Weiterentwicklung des Streitwertkatalogs, unter Einbeziehung anwaltlicher Sichtweisen, erscheint wünschenswert. Voraussetzung einer jeden Weiterentwicklung ist eine umfangreiche Kommentierung, die hier im Rahmen des § 12 ArbGG vorgelegt wird.

Gesetzgeberische Aktivitäten waren, nach Arbeitskämpfen vor allem im Bahnbereich, bei den Vorschriften der §§ 97 ff. ArbGG zu vermerken, die damit einer Neukomentierung bedurften. Der Praktiker neigt dazu, in einem praxisorientierten Handkommentar die grundlegenden Überlegungen über die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen (§ 1 ArbGG) zu überblättern. Dabei kommt man oft in der Praxis um eine Einbindung und Abgrenzung zu deutschem Verfassungsrecht, internationalem, insbesondere europäischem Recht, Kirchenrecht einschließlich

Mitarbeitervertretungsrecht und Schieds- und Schlichtungsrecht nicht herum. Einen besonderen Blick verdient schließlich das Güterichterverfahren, das sich in der Praxis zu einem effektiven Instrument entwickelt hat, um vor allem mit Emotionen behaftete Verfahren konsensual beizulegen.

Die Neuauflage will den aufgezeigten Entwicklungen Rechnung tragen. Sie legt einen Schwerpunkt auf eine ausführliche Kommentierung des Streitwertrechts und der Vorschriften über die Videoverhandlungen, den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Aktenführung. Aber auch im Übrigen berücksichtigt die Neuauflage die Rechtsänderungen und die Rechtsprechung zum Prozessrecht der vergangenen Jahre. Die Kommentierung befindet sich auf dem Stand September 2024.

Im Bearbeiterkreis sind – vor allem aus Gründen beruflicher Entwicklung und aus Altersgründen – verschiedene Autorinnen und Autoren ausgeschieden. Es konnten erfreulicherweise qualifizierte Kolleginnen und Kollegen für die Weiterbearbeitung und Fortschreibung des Kommentars gewonnen werden. Hierbei blieb es ein Anliegen der Herausgeber, dem Leser eine Kommentierung „von Praktikern für Praktiker“ an die Hand zu geben. Auf Beispiele, Antragsformulierungen und Muster wurde daher erneut Wert gelegt. Wir wünschen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Die Herausgeber nehmen Anregungen und Kritik gerne entgegen (Mail: ragross@advo-gross.de). Sie schließen mit einem Dank an die Lektorin, Frau Syndikusrechtsanwältin Anja Falkenstein, die auch die 3. Auflage mit viel Geduld und Engagement betreut hat.

Karlsruhe/Leipzig, im November 2024

Dr. Eberhard Natter, Roland Gross

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Natascha Ahmad, Professorin für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht, insbesondere Arbeitsrecht, Hochschule Fulda, Frankfurt/M.

(§§ 46, 47, 48; bis zur 2. Auflage)

Hans-Jürgen Augenschein, Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg a.D., Blaustein

(§§ 12, 12a)

Christine Bernard, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Offenbach

(§§ 83–85)

Oliver W. Engel, Rechtsanwalt, Mediator, Emmerthal

(§§ 59–63)

Dr. Axel Görg, Rechtsanwalt und Notar a.D., Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin

(§§ 87–91, 101–111)

Roland Gross, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Mediator, Leipzig

(§§ 72–79, 92–100)

Julius Ibes, Richter am Arbeitsgericht, Villingen-Schwenningen

(§§ 2, 3, 4, 40–45)

Dr. Thomas Kühn, Richter am Arbeitsgericht, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

(§ 5)

Falk Meinhardt, Richter am Arbeitsgericht, Ludwigsburg

(§§ 6–9, 9 Anhang, 10–11a, 13, 13a)

Dr. Eberhard Natter, Präsident des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg a.D., Karlsruhe

(§§ 1, 9 Anhang, 14–39, 46a–h, 50a)

Holger Perschke, Richter am Arbeitsgericht, Siegen

(§§ 8–11a, 58; bis zur 2. Auflage)

Gerhard Pfeiffer, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Stuttgart

(§§ 64–69)

Matthias Rieker, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg a.D., Stuttgart

(§§ 2, 3, 4, 49–54 Abs. 1–5, 55–57, 59–61b, 63; bis zur 2. Auflage)

Dr. Bernd Roos, Rechtsanwalt, Siegen

(§§ 2a, 80–85; bis zur 2. Auflage)

Frank Schmitt, Richter am Arbeitsgericht, Berlin

(§§ 46, 47, 48)

Dr. Frank Söhner, Direktor des Arbeitsgerichts, Ulm

(§§ 54, 54a)

Dr. Andreas Michael Spilger, Vizepräsident des Sächsischen Landesarbeitsgerichts a.D.,
Lehrbeauftragter an der Universität Konstanz

(§§ 49, 50, 51–53, 55–58)

Claudia Stiel, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Wiesbaden

(§§ 2a, 80–82)

Birgit Zimmermann, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Stuttgart

(§§ 1, 6, 6a, 7, 13, 13a, 40–45, 62, 72, 97, 111–122; bis zur 2. Auflage)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3. Auflage	5
Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	23

Erster Teil Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gerichte für Arbeitsachen	29
§ 2 Zuständigkeit im Urteilsverfahren	63
§ 2a Zuständigkeit im Beschlußverfahren	105
§ 3 Zuständigkeit in sonstigen Fällen	121
§ 4 Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit	125
§ 5 Begriff des Arbeitnehmers	128
§ 6 Besetzung der Gerichte für Arbeitsachen	151
§ 6a Allgemeine Vorschriften über das Präsidium und die Geschäftsverteilung	157
§ 7 Geschäftsstelle, Aufbringung der Mittel	161
§ 8 Gang des Verfahrens	164
§ 9 Allgemeine Verfahrensvorschriften und Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	167
Anhang: Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	182
§ 10 Parteifähigkeit	197
§ 11 Prozessvertretung	205
§ 11a Beiordnung eines Rechtsanwalts, Prozeßkostenhilfe	217
§ 12 Kosten	249
§ 12a Kostentragungspflicht	381
§ 13 Rechtshilfe	405
§ 13a Internationale Verfahren	416

Zweiter Teil Aufbau der Gerichte für Arbeitsachen

Erster Abschnitt: Arbeitsgerichte

§ 14 Errichtung und Organisation	421
§ 15 Verwaltung und Dienstaufsicht	428
§ 16 Zusammensetzung	437
§ 17 Bildung von Kammern	443
§ 18 Ernennung der Vorsitzenden	447
§ 19 Ständige Vertretung	451
§ 20 Berufung der ehrenamtlichen Richter	454
§ 21 Voraussetzungen für die Berufung als ehrenamtlicher Richter	472

§ 22	Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitgeber	488
§ 23	Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitnehmer	494
§ 24	Ablehnung und Niederlegung des ehrenamtlichen Richteramtes	497
§ 25	(weggefallen)	500
§ 26	Schutz der ehrenamtlichen Richter	501
§ 27	Amtsenthhebung der ehrenamtlichen Richter	507
§ 28	Ordnungsgeld gegen ehrenamtliche Richter	512
§ 29	Ausschuß der ehrenamtlichen Richter	515
§ 30	Besetzung der Fachkammern	522
§ 31	Heranziehung der ehrenamtlichen Richter	525
§ 32	(weggefallen)	535

Zweiter Abschnitt: Landesarbeitsgerichte

§ 33	Errichtung und Organisation	535
§ 34	Verwaltung und Dienstaufsicht	536
§ 35	Zusammensetzung, Bildung von Kammern	536
§ 36	Vorsitzende	539
§ 37	Ehrenamtliche Richter	541
§ 38	Ausschuß der ehrenamtlichen Richter	542
§ 39	Heranziehung der ehrenamtlichen Richter	544

Dritter Abschnitt: Bundesarbeitsgericht

§ 40	Errichtung	544
§ 41	Zusammensetzung, Senate	545
§ 42	Bundesrichter	547
§ 43	Ehrenamtliche Richter	549
§ 44	Anhörung der ehrenamtlichen Richter, Geschäftsordnung	552
§ 45	Großer Senat	556

Dritter Teil

Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen

Erster Abschnitt: Urteilsverfahren

Erster Unterabschnitt Erster Rechtszug

§ 46	Grundsatz	565
§ 46a	Mahnverfahren	641
§ 46b	Europäisches Mahnverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006	655
§ 46c	Elektronisches Dokument; Verordnungsermächtigung	660
§ 46d	Gerichtliches elektronisches Dokument	680
§ 46e	Elektronische Akte; Verordnungsermächtigung	684
§ 46f	Formulare; Verordnungsermächtigung	695

§ 46g Nutzungspflicht für Rechtsanwälte, Behörden und vertretungsberechtigte Personen	698
§ 46h Formfiktion	706
§ 47 Sondervorschriften über Ladung und Einlassung	713
§ 48 Rechtsweg und Zuständigkeit	716
§ 48a (aufgehoben)	737
§ 49 Ablehnung von Gerichtspersonen	737
§ 50 Zustellung	752
§ 50a Videoverhandlung	755
§ 51 Persönliches Erscheinen der Parteien	768
§ 52 Öffentlichkeit	775
§ 53 Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter	786
§ 54 Güteverfahren	789
§ 54a Mediation, außergerichtliche Konfliktbeilegung	816
§ 55 Alleinentscheidung durch den Vorsitzenden	823
§ 56 Vorbereitung der streitigen Verhandlung	834
§ 57 Verhandlung vor der Kammer	847
§ 58 Beweisaufnahme	852
§ 59 Versäumnisverfahren	909
§ 60 Verkündung des Urteils	915
§ 61 Inhalt des Urteils	924
§ 61a Besondere Prozeßförderung in Kündigungsverfahren	936
§ 61b Klage wegen Benachteiligung	944
§ 62 Zwangsvollstreckung	951
§ 63 Übermittlung von Urteilen in Tarifvertragssachen	1021

Zweiter Unterabschnitt Berufungsverfahren

§ 64 Grundsatz	1024
§ 65 Beschränkung der Berufung	1050
§ 66 Einlegung der Berufung, Terminbestimmung	1059
§ 67 Zulassung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel	1095
§ 67a (aufgehoben)	1107
§ 68 Zurückverweisung	1107
§ 69 Urteil	1118
§ 70 (aufgehoben)	1127
§ 71 (weggefallen)	1127

Dritter Unterabschnitt Revisionsverfahren

§ 72 Grundsatz	1127
§ 72a Nichtzulassungsbeschwerde	1140
§ 72b Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils	1157

§ 73	Revisionsgründe	1160
§ 74	Einlegung der Revision, Terminbestimmung	1162
§ 75	Urteil	1165
§ 76	Sprungrevision	1166
§ 77	Revisionsbeschwerde	1170

**Vierter Unterabschnitt Beschwerdeverfahren, Abhilfe bei Verletzung
des Anspruchs auf rechtliches Gehör**

§ 78	Beschwerdeverfahren	1172
§ 78a	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	1177

Fünfter Unterabschnitt Wiederaufnahme des Verfahrens

§ 79	[Wiederaufnahme des Verfahrens]	1181
------	---------------------------------------	------

Zweiter Abschnitt: Beschlußverfahren

Erster Unterabschnitt Erster Rechtszug

§ 80	Grundsatz	1184
§ 81	Antrag	1198
§ 82	Örtliche Zuständigkeit	1219
§ 83	Verfahren	1226
§ 83a	Vergleich, Erledigung des Verfahrens	1246
§ 84	Beschluß	1254
§ 85	Zwangsvollstreckung	1262
§ 86	(weggefallen)	1293

Zweiter Unterabschnitt Zweiter Rechtszug

§ 87	Grundsatz	1293
§ 88	Beschränkung der Beschwerde	1301
§ 89	Einlegung	1302
§ 90	Verfahren	1306
§ 91	Entscheidung	1307

Dritter Unterabschnitt Dritter Rechtszug

§ 92	Rechtsbeschwerdeverfahren, Grundsatz	1311
§ 92a	Nichtzulassungsbeschwerde	1317
§ 92b	Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung der Beschwerdeentscheidung	1319
§ 93	Rechtsbeschwerdegründe	1320
§ 94	Einlegung	1322
§ 95	Verfahren	1326
§ 96	Entscheidung	1327
§ 96a	Sprungsrechtsbeschwerde	1328

Vierter Unterabschnitt Beschlußverfahren in besonderen Fällen

§ 97 Entscheidung über die Tariffähigkeit und Tariffzuständigkeit einer Vereinigung	1332
§ 98 Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung	1351
§ 99 Entscheidung über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag	1355
§ 100 Entscheidung über die Besetzung der Einigungsstelle	1358

Vierter Teil

Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten

§ 101 Grundsatz	1364
§ 102 Prozeßhindernde Einrede	1367
§ 103 Zusammensetzung des Schiedsgerichts	1372
§ 104 Verfahren vor dem Schiedsgericht	1374
§ 105 Anhörung der Parteien	1376
§ 106 Beweisaufnahme	1379
§ 107 Vergleich	1381
§ 108 Schiedsspruch	1383
§ 109 Zwangsvollstreckung	1386
§ 110 Aufhebungsklage	1389

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 111 Änderung von Vorschriften	1394
§ 112 Übergangsregelungen; Verordnungsermächtigung	1412
§ 113 Berichterstattung	1413
§ 114 [aufgehoben]	1413
§§ 115, 116 (weggefallen)	1413
§ 117 [Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Verwaltungen]	1413
§§ 118–120 (weggefallen)	1413
§§ 121–122 [aufgehoben]	1413
Stichwortverzeichnis	1415

GG iVm Art. 137 Abs. 3 WRV aus den staatlichen Gesetzen keine Schranken ihres Handelns. Die den Religionsgemeinschaften in diesem Bereich von Verfassungen wegen gewährleistete Eigenständigkeit und Unabhängigkeit schließt hier jede staatliche Einmischung – auch eine Überprüfung durch staatliche Gerichte – aus.²²⁶

2. Arbeitsverhältnisse. Soweit kirchliche Regelungen auch für Arbeitsverhältnisse Schlichtungsstellen vorsehen (zB § 44 AVR-Diakonie und § 22 AVR-Caritas), ist deren Anrufung nicht zwingende Prozessvoraussetzung im Rechtsstreit vor den staatlichen Gerichten für Arbeitssachen.²²⁷ Eine entsprechende Regelung der jeweiligen Religionsgemeinschaft würde insofern keine Rechtswirkungen entfalten, da der von ihr umfasste Bereich dem staatlichen Zuständigkeitsbereich unterfällt. Vielmehr soll ein Wahlrecht zwischen der kirchlichen Schlichtung und dem staatlichen Gericht eröffnet werden.

49

§ 2 Zuständigkeit im Urteilsverfahren¹

(1) Die Gerichte für Arbeitssachen sind ausschließlich zuständig für

1. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen;
2. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt;
3. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern
 - a) aus dem Arbeitsverhältnis;
 - b) über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses;
 - c) aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses und aus dessen Nachwirkungen;
 - d) aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen;
 - e) über Arbeitspapiere;
4. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und
 - a) Arbeitgebern über Ansprüche, die mit dem Arbeitsverhältnis in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang stehen;
 - b) gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien oder Sozialeinrichtungen des privaten Rechts oder Versorgungseinrichtungen, soweit Letztere reine Beitragszusagen nach § 1 Absatz 2 Nummer 2a des Betriebsrentengesetzes durchführen, über Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oder Ansprüche, die mit dem Arbeitsverhältnis in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang stehen,

226 BVerfG 18.9.1998 – 2 BvR 69/93, NJW 1999, 350.

227 BAG 18.5.1999 – 9 AZR 682/98, NZA 1999, 1350 mwN; Schliemann NZA 2000, 1313; Weller KirchArbR § 5 Rn. 13.

1 Vgl. hierzu auch Art. 56 Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut.

soweit nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;

5. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und dem Träger der Insolvenzversicherung über Ansprüche auf Leistungen der Insolvenzversicherung nach dem Vierten Abschnitt des Ersten Teils des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;
6. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Einrichtungen nach Nummer 4 Buchstabe b und Nummer 5 sowie zwischen diesen Einrichtungen, soweit nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
7. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Entwicklungshelfern und Trägern des Entwicklungsdienstes nach dem Entwicklungshelfergesetz;
8. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder den Einsatzstellen und Freiwilligen nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz;
- 8a. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Bund oder den Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes oder deren Trägern und Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz;
9. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen;
10. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen behinderten Menschen im Arbeitsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen und den Trägern der Werkstätten aus den in § 221 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geregelten arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnissen.

(2) Die Gerichte für Arbeitsachen sind auch zuständig für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern,

- a) die ausschließlich Ansprüche auf Leistung einer festgestellten oder festgesetzten Vergütung für eine Arbeitnehmererfindung oder für einen technischen Verbesserungsvorschlag nach § 20 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen zum Gegenstand haben;
- b) die als Urheberrechtsstreitsachen aus Arbeitsverhältnissen ausschließlich Ansprüche auf Leistung einer vereinbarten Vergütung zum Gegenstand haben.

(3) Vor die Gerichte für Arbeitsachen können auch nicht unter die Absätze 1 und 2 fallende Rechtsstreitigkeiten gebracht werden, wenn der Anspruch mit einer bei einem Arbeitsgericht anhängigen oder gleichzeitig anhängig werdenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeit der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Art in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang steht und für seine Geltendmachung nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist.

(4) Auf Grund einer Vereinbarung können auch bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen juristischen Personen des Privatrechts und Personen, die kraft Gesetzes allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans der juristischen Person zu deren Vertretung berufen sind, vor die Gerichte für Arbeitsachen gebracht werden.

(5) In Rechtsstreitigkeiten nach diesen Vorschriften findet das Urteilsverfahren statt.

Schrifttum: *Bartenbach/Bartenbach*, Die Rechtswegzuständigkeit der Arbeitsgerichte für Streitigkeiten über Arbeitnehmererfindungen und Urheberrechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 2 ArbGG, Festschrift für Kurt Bartenbach zum 65. Geburtstag, 2005, S. 629; *Bruns/Weber*, Rechtsweg und Corona-Prämie, NZA 2021, 107; *Francken*, Das Geschäftsgeheimnisgesetz und der Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitsachen, NZA 2019, 1665; *Gottwald*, Zur Problematik des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen der Schwerbehindertenvertretung und dem Arbeitgeber im öffentlichen Dienst, PersV 2004, 95; *Hoehl*, Zur Arbeitsbescheinigung nach § 312 SGB III, insbesondere zum Rechtsweg, NZS 2005, 631; *Horcher*, Wann liegt ein „Sic-non-Fall“ vor? – Oder: die Last mit der Prozessökonomie, NZA 2020, 1433; *Jacobs*, Der Rechtsweg bei der Insolvenzanfechtung gegenüber dem Arbeitnehmer, Festschrift für Peter Kreuzt zum 70. Geburtstag, 2010, S. 145; *Jacobs*, Rechtsweg bei Anfechtungsklage des Insolvenzverwalters gegen Arbeitnehmer des Insolvenzschuldners, NJW 2009, 1932; *Karthaus*, Rechtswegzuständigkeit – Rechtsstreitigkeit zwischen einem Leiharbeiternehmer und einem Entleiher, AuR 2011, 453; *Kluth*, Die Tragikomik des § 2 III ArbGG, NZA 2000, 1275; *Krasshöfer-Pidde/Molkenbur*, Der Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitsachen im Urteilsverfahren, NZA 1991, 623; *Löwisch/Beck*, Rechtsweg und Gerichtsstand bei Flashmobklagen, NZA 2010, 857; *Reineke*, Die Entscheidungsgrundlagen für die Prüfung der Rechtswegzuständigkeit, insbesondere der arbeitsgerichtlichen Zuständigkeit, ZfA 1998, 359; *Reinhard*, Der richtige Rechtsweg für Zahlungsklagen, ArbRB 2008, 389; *Scholz*, Prüfung der Rechtswegzuständigkeit: Müssen rechtswegbegründende Tatsachen bewiesen werden?, FA 2005, 133; *Stöhr*, Die Rechtswegzuständigkeit der Arbeitsgerichte im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, NZA 2022, 1641; *Trinks*, Der Anspruch auf Korrektur der Lohnsteuerbescheinigung, NZA 2022, 24; *Walker*, Die Grundlage für die Prüfung der Rechtswegzuständigkeit, ZZP 123 (2010), 185; *Ziemann*, Der arbeitsgerichtliche Statusprozeß, MDR 1999, 513.

I. Allgemeines	1	3. Individualrechtliche Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	21
II. Die einzelnen Regelungen	6	a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	23
1. Streitigkeiten aus und über Tarifverträge (Abs. 1 Nr. 1)	6	b) Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a)	25
a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten	7	c) Streitigkeiten über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses (Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b)	30
b) Streitigkeiten den schuldrechtlichen Teil des Tarifvertrages betreffend	9	d) Streitigkeiten aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses und dessen Nachwirkungen (Abs. 1 Nr. 3 Buchst. c)	32
c) Streitigkeiten den normativen Teil eines Tarifvertrages betreffend	10	e) Streitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen (Abs. 1 Nr. 3 Buchst. d)	33
d) Streitigkeiten zwischen einer Tarifvertragspartei und Dritten	12	f) Streitigkeiten über Arbeitspapiere (Abs. 1 Nr. 3 Buchst. d)	35
e) Streitigkeiten über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Tarifvertrages ...	13		
f) Streitigkeiten über die Wirksamkeit oder den Umfang einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung	14		
2. Streitigkeiten zwischen tariffähigen Personen oder diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen (Abs. 1 Nr. 2)	15		
a) Streitigkeiten zwischen tariffähigen Personen (und Dritten)	16		
b) Streitigkeiten aus unerlaubter Handlung	17		

4.	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und Arbeitgebern oder gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien oder Sozialeinrichtungen des privaten Rechts oder Versorgungseinrichtungen bei reiner Beitragszusage (Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a, b)	37	10.	Streitigkeiten zwischen behinderten Menschen und Trägern von Werkstätten für behinderte Menschen (Abs. 1 Nr. 10)	53
	a) Streitigkeiten nach Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a	37	11.	Zuständigkeit im Bereich der Arbeitnehmererfindungen und bei Urheberrechtsstreitigkeiten (Abs. 2)	54
	b) Streitigkeiten nach Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b	40	12.	Zuständigkeit der Arbeitsgerichte bei Zusammenhangsstreitigkeiten (Abs. 3)	58
5.	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und dem Träger der Insolvenzversicherung (Abs. 1 Nr. 5)	43	13.	Zuständigkeit kraft Parteivereinbarung (Abs. 4)	70
6.	Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien oder Sozialeinrichtungen des privaten Rechts oder Versorgungseinrichtungen oder dem Träger der Insolvenzversicherung sowie zwischen diesen Einrichtungen (Abs. 1 Nr. 6)	47	14.	Geltung von § 2 für das arbeitsgerichtliche Urteilsverfahren (Abs. 5)	73
7.	Streitigkeiten zwischen Entwicklungshelfern und Trägern des Entwicklungsdienstes nach dem Entwicklungshelfergesetz (Abs. 1 Nr. 7)	48	III. Zuständigkeitsprüfung und -entscheidung		74
8.	Streitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder den Einsatzstellen und Freiwilligen nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz (Abs. 1 Nr. 8) und dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (Abs. 1 Nr. 8a)	49	1.	Zuständigkeitsprüfung	74
9.	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen (Abs. 1 Nr. 9)	50	a)	Allgemeine Grundsätze	74
			b)	Besonderheiten bei der Prüfung arbeitsgerichtlicher Rechtswegzuständigkeit	75
			c)	Sic-non Fälle	76
			d)	Aut-aut Fälle	77
			e)	Mischformen infolge von Antragshäufung	78
			f)	Et-et Fälle	80
			2.	Zeitpunkt der Zuständigkeitsprüfung	81
			3.	Entscheidung über die Rechtswegzuständigkeit	82
			IV. Zuständigkeit und Zuständigkeitsprüfung in besonderen Fällen		84
			1.	Widerklage	84
			2.	Aufrechnung	85
			3.	Rechtliche Vorfragen	86
			4.	Klagen im Rahmen der Vollstreckung	87
			5.	Arrest/einstweilige Verfügung	88

I. Allgemeines

- Die Norm regelt in allen ihren Absätzen, in welchen Rechtsstreitigkeiten und unter welchen Voraussetzungen der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten zulässig ist und zwar gemäß Abs. 5 nur für das Urteils-, nicht für das Beschlussverfahren. Für das Beschlussverfahren gilt die Sonderregelung des § 2a.

Die Norm regelt eine **ausschließliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte** für bestimmte Rechtsstreitigkeiten. Fällt die Rechtsstreitigkeit nicht unter eine der in der Norm genannten Bestimmungen, ist der Rechtsweg von Amts wegen gemäß § 17a Abs. 2 S. 1 GVG an das Gericht des zulässigen Rechtswegs zu verweisen. Eine rügelose Einlassung oder Gerichtsstandsvereinbarung (sowohl eine vorherige als auch eine nachträgliche) gemäß den §§ 38–40 ZPO führt nicht zur Zulässigkeit des Rechtswegs zu den Arbeitsgerichten.² Eine Ausnahme hiervon ist in Abs. 4 der Norm abschließend geregelt. Eine weitere Ausnahme ergibt sich aus der Möglichkeit einer Schiedsvereinbarung in den Fällen des § 101 Abs. 1 und 2.

Nur wenn ein anderes Gericht eine Rechtsstreitigkeit an ein – an sich unzuständiges – Arbeitsgericht verweist, wird dieses – von den Fällen eines offensichtlich rechtswidrigen Verweisungsbeschlusses³ und von den Fällen einer nach Verweisung noch vorliegenden örtlichen Unzuständigkeit abgesehen – das für den Rechtsstreit zuständige Gericht, das die Rechtsstreitigkeit zu behandeln hat.

Abs. 1 des § 2 regelt in seinen Nrn. 1–10 die Fälle des Rechtswegs zu den Arbeitsgerichten speziell. Der Gesetzgeber hat sich keiner Generalklausel bedient. Diese Regelungen bilden den Kern der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte. Bei der **Auslegung**, welche Sachverhalte unter die in Abs. 1 des Katalogs geregelten Fälle fallen, ist das Bundesarbeitsgericht nicht restriktiv. Insbesondere zieht es zur Auslegung Sinn und Zweck der Norm heran und bejaht den Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten auch in den Fällen, in denen eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit ganz überwiegend durch das Arbeitsverhältnis bestimmt wird.⁴

Die **Abs. 2, 3 und 4** regeln Abweichungen von der Kernregelung in Abs. 1. Abs. 2 regelt Besonderheiten für Arbeitnehmererfindungs- und Urheberrechtsstreitigkeiten. Abs. 3 regelt den Fall des Bestehens eines rechtlichen oder (unmittelbar) wirtschaftlichen Sachzusammenhangs des Streits mit dem Arbeitsverhältnis, wobei das Bundesarbeitsgericht auch hier eine eher weite als restriktive Auslegung für richtig erachtet.⁵ Abs. 4 schließlich betrifft die Möglichkeit und das Vorhandensein einer Gerichtsstandsvereinbarung bestimmter Prozessparteien in bestimmten Fällen.

Schließlich bringt **Abs. 5** klar zum Ausdruck, dass die in § 2 geregelten Rechtswegzuständigkeiten nur die Fälle des Urteilsverfahrens und nicht die Fälle kollektiver Streitigkeiten iSd § 2a Abs. 1 betreffen, für die das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren Anwendung findet.

II. Die einzelnen Regelungen

1. Streitigkeiten aus und über Tarifverträge (Abs. 1 Nr. 1). Streiten zwei Tarifvertragsparteien miteinander oder eine Tarifvertragspartei mit Dritten aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen sind die Gerichte für Arbeitssachen ausschließlich zuständig.

a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten. Eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit (hierzu auch § 13

2 BAG 17.4.1964 – 5 AZR 224/63, AP ZPO § 528 Nr. 11; 27.2.1975 – 3 AZR 136/74, AP ArbGG 1953 § 3 Nr. 1.

3 Vgl. BAG 12.7.2006 – 5 AS 7/06, NZA 2006, 1004; 19.3.2003 – 5 AS 1/03, AP ZPO § 36 Nr. 59.

4 BAG 14.11.1979 – 4 AZR 3/78, AP TVG § 4 Gemeinsame Einrichtungen Nr. 2 mwN; 24.9.2004 – 5 AZB 46/04, NZA-RR 2005, 49 f.

5 BAG 23.9.1960 – 5 AZR 258/59, AP ArbGG 1953 § 61 Nr. 3; BSG 12.2.1998 – B 6 SF 1/97 R, AP ZPO § 840 Nr. 8.

GVG) liegt vor, wenn die Parteien über Rechtsverhältnisse oder Rechtsfolgen streiten, die dem Privatrecht angehören. Die bürgerlich-rechtliche Streitigkeit ist danach zunächst von der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit abzugrenzen. Ausgangspunkt für die Abgrenzung ist immer der konkrete Streitgegenstand des Prozesses (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO), also der konkrete Klagantrag und der hierzu vorgetragene Lebenssachverhalt.⁶ Eine Streitigkeit ist grundsätzlich dann bürgerlich-rechtlich, wenn die an der Streitigkeit Beteiligten sich nicht im Über-/Unterordnungsverhältnis befinden, sondern sich gleichgeordnet gegenüberstehen.⁷ Im Streit stehen müssen daher Rechte und/oder Pflichten aus dem (Arbeits-)Rechtsverhältnis, das die Parteien begründet haben und die Lösung des Streits im Rahmen des von ihnen insoweit vorgetragenen Lebenssachverhalts und des Klagantrages muss wesentlich durch **Normen des Privatrechts** und nicht des öffentlichen Rechts geprägt sein.⁸ Nicht entscheidend dabei ist, ob eine der Prozessparteien eine öffentlich-rechtliche (Gebiets-)Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts ist. **Entscheidend** ist, welche Rechte von der oder gegen die öffentlich-rechtlich organisierte Prozesspartei aus welchem Lebenssachverhalt und aus welchen Rechtsnormen geltend gemacht werden. Tritt eine solche Körperschaft oder eine ihrer Behörden einem privaten Rechtsträger im Rahmen von **öffentlich-rechtlichen Normen** gegenüber (etwa die Sozialversicherungsträger, Finanzämter, Gewerbeaufsichtsämter, Gesundheitsämter) oder verhängt sie gar **Strafen**, handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit, für die entweder die Verwaltungsgerichte, die Finanzgerichte, die Sozialgerichte oder die ordentlichen Gerichte (§ 13 GVG), nicht aber die Arbeitsgerichte zuständig sind. Werden von oder gegen die öffentlich-rechtliche Körperschaft Rechte/Pflichten aus oder im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis/privaten Dienstverhältnis – nicht im Zusammenhang mit einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis – geltend gemacht, die sich aus Normen des Privatrechts herleiten, handelt es sich hingegen um eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit, für die entweder die Arbeitsgerichte oder die Zivilgerichte zuständig sind. Nimmt hingegen ein Privatrechtssubjekt im Auftrag einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft öffentlich-rechtliche Aufgaben wahr (zB Arbeitsvermittlung) und handelt in öffentlich-rechtlicher Form, liegt keine bürgerlich-rechtliche, vielmehr eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit vor, für die der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten nicht eröffnet ist.⁹

- 8 Bei einem Streit einer ausländischen Rechtsreferendarin gegen eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft als Anstellungsbehörde über Vergütungsansprüche hat das Bundesarbeitsgericht¹⁰ eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit ebenso verneint wie bei einer von einem Gymnasiallehrer im Referendarverhältnis angestrengten Klage auf Abschluss eines Arbeitsvertrages,¹¹ da der Lebenssachverhalt in Verbindung mit dem konkreten Klagantrag jeweils nicht im Wesentlichen den Normen des Privatrechts zuzuordnen war.

6 BAG 10.9.1985 – 1 AZR 262/84, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 86; GmS-OGB 4.6.1974 – GmS-OGB 2/73, AP RVO § 405 Nr. 3; 10.4.1986 – GmS-OGB 1/85, AP GVG § 13 Nr. 3.

7 Vgl. im Einzelnen: BAG 22.11.2016 – 9 AZB 41/16, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 105; 4.9.2018 – 9 AZB 10/18, AP GVG § 17a Nr. 64; Kissel NZA 1995, 345.

8 BAG 8.11.2006 – 5 AZB 36/06, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 89; 5.10.2005 – 5 AZB 27/05, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 87; 11.6.2003 – 5 AZB 1/03, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 84; 10.9.1985 – 1 AZR 262/84, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 86; BGH 23.2.1988 – IV ZR 212/87, NJW 1988, 1731; 22.3.1976 – GSZ 2/75, NJW 1976, 1941; 24.2.1965 – IV ZR 81/64, AP BGB § 12 Nr. 1.

9 BAG 16.12.2009 – 5 AZR 125/09, AP GesamthafenbetriebsG § 1 Nr. 11.

10 BAG 28.6.1989 – 5 AZR 274/88, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 13.

11 BAG 14.12.1988 – 7 AZR 773/87, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 12.

b) Streitigkeiten den schuldrechtlichen Teil des Tarifvertrages betreffend. 9
Streiten die Parteien eines Tarifvertrages (§ 2 Abs. 1–3 TVG) über Ansprüche aus dem schuldrechtlichen – nicht normativen – Teil des zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrages, sind die Arbeitsgerichte zuständig. Dabei kann es um Rechte und Pflichten der einen Tarifvertragspartei gegenüber bzw. gegen die andere Tarifvertragspartei gehen (etwa Durchführungs-, Einwirkungs-, Unterlassungspflichten), wobei die Art der Klage – Leistungs-, Feststellungs- oder Unterlassungsklage – für die Rechtswegzuständigkeit gleichgültig ist. Namentlich geht es um

- **Einwirkungsklagen** (Leistungs- oder Feststellungsklage),¹²
- **Unterlassungsklagen** (etwa im Rahmen eines Arbeitskampfes),¹³
- **Feststellungsklagen** betreffend das **Bestehen oder Nichtbestehen einer Friedenspflicht**,¹⁴
- **Klage auf das Führen von Tarifvertragsverhandlungen**,¹⁵
- **Feststellung des Zutrittsrechts einer Gewerkschaft zum Betrieb** eines Arbeitgebers als Tarifvertragspartei, soweit dies im schuldrechtlichen Teil des **Tarifvertrags verankert** ist;¹⁶ ansonsten handelt es sich um eine Streitigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 2, da das Betätigungsrecht der Gewerkschaft betroffen ist.¹⁷

c) Streitigkeiten den normativen Teil eines Tarifvertrages betreffend. Auch 10
für Streitigkeiten, die den normativen Teil eines Tarifvertrages betreffen, können die Arbeitsgerichte zuständig sein; Gegenstand kann dabei auch die – etwa auf unterschiedlicher Normauslegung beruhende – Frage sein, welchen Inhalt ein Tarifvertrag hat.¹⁸

Bei der Entscheidung über den Streit der Tarifvertragsparteien über **normative** 11
Regelungen des Tarifvertrages ist die Bindungswirkung des § 9 TVG für Dritte zu beachten. Gemäß § 9 TVG sind rechtskräftige Entscheidungen der Arbeitsgerichte, die in Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus dem Tarifvertrag oder über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Tarifvertrages ergangen sind, in Rechtsstreitigkeiten zwischen tarifgebundenen Parteien sowie zwischen diesen und Dritten für die Gerichte und Schiedsgerichte bindend.¹⁹

d) Streitigkeiten zwischen einer Tarifvertragspartei und Dritten. Auch bei 12
einem Streit zwischen einer Tarifvertragspartei und einem Dritten über Normen des Tarifvertrages ist der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten gegeben. Dabei muss der Dritte (etwa ein Arbeitgeber oder ein Arbeitnehmer) selbst nicht tariffähig iSd § 2 TVG sein. Ob für eine derartige Klage ein Rechtsschutzbedürfnis gegeben ist, ist eine Frage der Zulässigkeit der Klage, im Übrigen keine Frage der Rechtswegzuständigkeit.²⁰

12 BAG 9.6.1982 – 4 AZR 274/81, AP TVG § 1 Durchführungspflicht Nr. 1; 29.4.1992 – 4 AZR 432/91, AP TVG § 1 Durchführungspflicht Nr. 3.

13 BAG 21.12.1982 – 1 AZR 411/80, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 76.

14 BAG 21.12.1982 – 1 AZR 411/8, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 76.

15 GMP/Schlewing/Dickerhof-Borello § 2 Rn. 12.

16 GMP/Schlewing/Dickerhof-Borello § 2 Rn. 12.

17 BAG 14.2.1978 – 1 AZR 280/77, AP GG Art. 9 Nr. 26, zu § 2 Abs. 1 Nr. 1 aF, der nur auf die Vereinigungsfreiheit abstellte.

18 Vgl. hierzu: BAG 25.9.1987 – 7 AZR 315/86, AP BeschFG 1985 § 1 Nr. 1; 30.5.1984 – 4 AZR 512/81, AP TVG 1969 § 9 Nr. 3; 24.2.1987 – 1 ABR 73/84, AP BetrVG 1972 § 80 Nr. 28.

19 Zur Problematik der Bindungswirkung bei Beteiligung von mehreren Tarifvertragsparteien auf einer oder beiden Seiten bei Abschluss des Tarifvertrages: BAG 28.9.1977 – 4 AZR 446/76, AP TVG 1969 § 9 Nr. 1; 15.7.1986 – 1 AZR 654/84, AP LPVG Bayern Art. 3 Nr. 1.

20 BAG 8.2.1963 – 1 AZR 511/61, AP ZPO § 256 Nr. 42.

Nicht hierunter fallen Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien und ihren Mitgliedern über Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit ihrem Mitgliedschaftsverhältnis. Für derartige Streitigkeiten sind die Zivilgerichte zuständig.²¹ Dasselbe gilt für Streitigkeiten zwischen tarifvertragsfähigen Parteien, insbesondere Verbänden und Gewerkschaften, bei Streitigkeiten über koalitionspezifische Tätigkeiten.

Bei Streit über die Tariffähigkeit oder Tarifzuständigkeit von Tarifvertragsparteien ist zwar der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten ebenfalls zulässig, dies ergibt sich jedoch aus § 2a Abs. 1 Nr. 4, nicht aus § 2 Abs. 1 Nr. 1.

- 13 e) **Streitigkeiten über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Tarifvertrages.** Schließlich ist der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten auch bei Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Tarifvertrages gegeben. Diese Regelung betrifft die Fälle, in denen das Zustandekommen eines Tarifvertrages, dessen aktuelle Gültigkeit und die Frage der Wirksamkeit einer Kündigung von Tarifverträgen Gegenstand des Streits der Parteien ist. Dabei genügt es, wenn der Streit über die Wirksamkeit einer oder mehrerer Normen des Tarifvertrages geführt wird; nicht notwendig ist, dass der Streit über die Wirksamkeit des Tarifvertrags im Ganzen geführt wird.²² Auch der Streit zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten über den räumlichen, fachlichen, betrieblichen oder persönlichen Geltungsbereich des Tarifvertrags und damit über die Auslegung entsprechender tarifvertraglicher Normen fällt hierunter.²³ Entscheidend ist insoweit nur, dass der Streit der Parteien iSd Abs. 1 Nr. 1 der Norm nicht über einen konkreten Einzelfall, sondern generell geführt wird. Nicht entscheidend für die Rechtswegzuständigkeit ist auch hier, ob im Rahmen der in diesen Fällen regelmäßig heranzuziehenden Feststellungsklage (§ 256 ZPO) ein Feststellungsinteresse gegeben ist.

- 14 f) **Streitigkeiten über die Wirksamkeit oder den Umfang einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung.** Auch ein Streit über die Wirksamkeit oder den Umfang einer Allgemeinverbindlicherklärung iSd § 5 TVG fällt unter die Frage des Bestehens oder Nichtbestehens eines Tarifvertrages. Dies ist allerdings in der Regel nur im Falle eines Streits zwischen einem Dritten und einer Tarifvertragspartei, nicht im Rahmen eines Streits zwischen zwei Tarifvertragsparteien relevant, da die Allgemeinverbindlicherklärung gemäß § 5 TVG regelmäßig nur für den normativen Teil eines Tarifvertrages oder Teile dessen erfolgen dürfte und der Tarifvertragsabschluss zwischen den Parteien selbst schon zur Wirkung inter partes führt.

Ein Streit zwischen der Behörde, die die Allgemeinverbindlicherklärung ausspricht, und den Tarifvertragsparteien über die Zulässigkeit oder Wirksamkeit der Erklärung fällt hingegen nicht unter Abs. 1 Nr. 1 der Norm, sondern ist im Verwaltungsrechtsweg zu klären.

- 15 **2. Streitigkeiten zwischen tariffähigen Personen oder diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen (Abs. 1 Nr. 2).** Streiten tariffähige Personen oder diese mit Dritten über unerlaubte Handlungen, soweit es sich dabei um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der

21 BGH 18.5.1971 – VI ZR 220/69, AP GG Art. 5 Abs. 1 Nr. 6; 4.7.1977 – II ZR 30/76, AP GG Art. 9 Nr. 25.

22 BAG 28.9.1977 – 4 AZR 446/76, AP TVG 1969 § 9 Nr. 1.

23 BAG 28.9.1977 – 4 AZR 446/76, AP TVG 1969 § 9 Nr. 1.

Vereinigungen handelt, ist ausschließlich der Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitssachen zulässig.

a) Streitigkeiten zwischen tariffähigen Personen (und Dritten). Zunächst muss es sich auch in diesem Fall um eine **bürgerlich-rechtliche** Rechtsstreitigkeit handeln. Allerdings muss diese nicht wie in Abs. 1 Nr. 1 zwischen Tarifvertragsparteien, sondern (nur) zwischen **tariffähigen Personen** (§ 2 Abs. 1–3 TVG) oder zwischen diesen und Dritten geführt werden. Darunter fallen nicht Maßnahmen, durch die hoheitliche Gewalt ausgeübt wird (zB Polizeieinsatz im Rahmen eines Arbeitskampfes). Hingegen fallen Handlungen einer als Arbeitgeberin handelnden öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft im Rahmen eines Arbeitskampfes betreffend die Aufrechterhaltung ihres (Dienst-)Betriebes regelmäßig darunter.²⁴ Ob Schadensersatzansprüche gemäß § 839 BGB im Zusammenhang mit dem Einsatz hoheitlicher Gewalt in die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen, ist streitig.²⁵ Für die Zuständigkeit der Zivil- und nicht der Arbeitsgerichte spricht Art. 34 S. 3 GG, der für Amtshaftungsansprüche den ordentlichen Rechtsweg für nicht ausgeschlossen erklärt, sowie dass die Arbeitsgerichtsbarkeit jedenfalls seit der Reform zur Zivilprozessordnung im Hinblick auf die ordentlichen Gerichte einen eigenständigen Gerichtszweig darstellt.²⁶ Zu beachten ist weiter, dass gemäß § 51 Abs. 1 Nr. 4 SGG bei der Frage der Verletzung der Neutralitätspflicht durch die Bundesagentur für Arbeit durch die Gewährung von Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer (hierzu: § 160 Abs. 3 SGB III) die Sozialgerichte zuständig sind.

Ob eine Prozesspartei tatsächlich tariffähig im Sinne von durchsetzungsfähig ist, ist grundsätzlich als Vorfrage zu beantworten. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass über die Tariffähigkeit einer Vereinigung grundsätzlich gemäß § 2a Abs. 1 Nr. 4 im Beschlussverfahren unter Berücksichtigung von § 97 zu entscheiden und der Rechtsstreit deshalb ggf. gemäß § 97 Abs. 5 bis zum Abschluss eines rechtshängigen Verfahrens auszusetzen ist. Ist ein solches Verfahren hingegen nicht rechts- oder zumindest anhängig, ist die Tariffähigkeit im Rahmen der Rechtswegzuständigkeit gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 als Vorfrage zu prüfen. Ist sie nach Ansicht des Gerichts nicht gegeben, kommt eine Verweisung des Rechtsstreits in einen anderen Gerichtszweig im Hinblick auf § 2a Abs. 1 Nr. 4 nicht in Betracht. Es handelt sich hierbei um einen Fall der doppelten Relevanz von Tatsachen im Bereich der Zulässigkeit und Begründetheit der Klage. Kommt das Gericht deshalb zur Auffassung, dass die Tariffähigkeit einer Prozesspartei im Sinne von Durchsetzungsfähigkeit nicht gegeben ist, ist die Klage als unbegründet und nicht als unzulässig abzuweisen (im Einzelnen → Rn. 74).²⁷

Dritter iSd Norm kann im Rechtsstreit auch eine nicht tariffähige natürliche oder juristische Person sein, so zB der Arbeitnehmer, der gegenüber seinem Arbeitgeber oder der Arbeitgeber, der gegenüber seinem Arbeitnehmer Ansprüche aus einer unerlaubten Handlung, die im Zusammenhang mit einem Arbeitskampf

24 Zum Einsatz von Beamten auf Arbeitsplätzen streikender Arbeitnehmer: BAG 10.9.1985 – 1 AZR 262/84, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 86.

25 Vgl. zum Streitstand: GMP/Schlewing/Dickerhof-Borello § 2 Rn. 31 und BAG 14.12.1998 – 5 AS 8/98, AP GVG § 17a Nr. 38.

26 BAG 26.3.1992 – 2 AZR 443/91, AP ArbGG 1979 § 48 Nr. 7.

27 Vgl. im Einzelnen BAG 11.6.2003 – 5 AZB 43/02, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 85; 29.11.2006 – 5 AZB 47/06, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 90.

erfolgt ist, geltend macht. Als Dritter kommt auch ein Organ oder ein Mitglied eines tariffähigen Verbands in Betracht (zB satzungsgemäßer Vertreter einer Gewerkschaft²⁸ oder eines Arbeitgeberverbands oder Streikposten oder Streikbrecher). Auch sonstige natürliche Personen, die nicht Mitglied einer tariffähigen Person sind, können Partei des Rechtsstreits vor dem Arbeitsgericht sein, so etwa bei sogenannten „Flashmobklagen“.²⁹

- 17 **b) Streitigkeiten aus unerlaubter Handlung.** Gegenstand des Streits muss ein Anspruch aus **unerlaubter Handlung zum Zwecke des Arbeitskampfes** sein. Unter unerlaubter Handlung ist dabei nicht nur ein Verstoß gegen absolute Rechte iSd § 823 Abs. 1 BGB zu verstehen. Vielmehr genügt ein Streit über Handlungen, die den Arbeitskampf bzw. die Vereinigungsfreiheit/Betätigungsfreiheit von Vereinigungen betreffen und die gegen die insoweit geltenden Rechtsgrundsätze bzw. gegen die Rechtsordnung verstoßen.³⁰ Eine Zuständigkeit der Arbeitsgerichte ist dabei insbesondere für den Streit der in Nr. 2 genannten Personen über Maßnahmen und Verhalten einer tariffähigen Partei oder eines Dritten im Arbeitskampf anzunehmen, die sich als Verstoß gegen die koalitionsmäßige Betätigungsfreiheit iSd Art. 9 Abs. 3 GG oder als nicht mehr von dieser gedeckt auswirken können.³¹
- 18 Die unerlaubte Handlung muss gemäß dem Wortlaut der Bestimmung zum **Zwecke des Arbeitskampfes** durchgeführt worden sein. Unter dem Begriff des Arbeitskampfes ist dabei jede Form der bisher bekannten Formen des Arbeitskampfes zu verstehen, gleich ob rechtswidrig oder nicht (dies ist eine Frage der Begründetheit des streitgegenständlichen Anspruchs). Darüber hinaus sind auch andere Formen kollektiver Ausübung von Druck gegenüber einer Tarifvertragspartei durch eine tariffähige Partei oder Dritte unter die Bestimmung zu fassen, die ein konkretes Ziel verfolgen, wobei es – für die Rechtswegzuständigkeit – nicht darauf ankommt, ob das Ziel der Druckausübung rechtmäßig ist oder die tariffähige Partei unmittelbar oder nur mittelbar betrifft.³² Eine kollektiv ausgeübte Zurückbehaltung ihrer Arbeitskraft durch Arbeitnehmer oder ein kollektiv ausgeübter Widerspruch gegen einen Betriebsübergang iSv § 613a Abs. 6 BGB fällt deshalb sowohl unter Abs. 1 Nr. 2 als auch unter Abs. 1 Nr. 3. Auch der Arbeitskampf selbst ist ebenso als Maßnahme des Arbeitskampfes anzusehen wie jegliche Art von Handlung und Unterlassung einer Handlung im Arbeitskampf. Namentlich kommen insbesondere Streitigkeiten über die Frage von Behinderungen arbeitswilliger Arbeitnehmer, Besetzung von Betrieben, Begünstigung arbeitswilliger und Maßregelung streikender Arbeitnehmer, einer Verpflichtung zur Durchführung von Notdienstarbeiten oder Ähnliches in Betracht.

Bei sogenannten **Flashmobaktionen** hat das Bundesarbeitsgericht dem betreffenden Unternehmen als Abwehrmittel die Ausübung des Hausrechts (Hausverbote gemäß §§ 1004, 862 BGB) zugebilligt und zwar sowohl gegenüber den tatsächlich störenden Personen als auch gegenüber der den Streik mitorganisierenden Gewerkschaft als weiterer Störerin.³³ Auch bei Streitigkeiten über unerlaubte Hand-

28 Zum Gewerkschaftssekretär als Vertreter der Gewerkschaft: BAG 29.10.2001 – 5 AZB 44/00, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 80.

29 BAG 22.9.2009 – 1 AZR 972/08, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 174.

30 BAG 14.2.1978 – 1 AZR 280/77, AP GG Art. 9 Nr. 26.

31 BAG 10.9.1985 – 1 AZR 262/84, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 86; 18.8.1987 – 1 AZN 260/87, AP ArbGG 1979 § 72a Nr. 33.

32 GK-ArbGG/Schütz § 2 Rn. 96 mwN.

33 BAG 29.10.2001 – 5 AZR 44/00, AP ArbGG 1979 § 2 Nr. 80.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

Abänderungsklage, Rechtsmittelbelehrung **9** 24
Abordnung **16** 18
Abrechnungsanspruch **46** 77
Absoluter Revisionsgrund, Verfahrensfehler **72** 35
Abstimmung
– Abstimmungsreihenfolge **9** 15
– ehrenamtlicher Richter **9** 15
– Stimmenthaltung **9** 15
Akteneinsicht **13** 18
Alleinentscheidung
– außerhalb der mündlichen Verhandlung **53** 5
– bei Beschlüssen **53** 1, 4
– bei Verfügungen **53** 1, 4
– des Berufsrichters **53** 1 ff.
– Einzelfälle **53** 6 f.
Alleinentscheidungsbefugnis des Vorsitzenden **55** 2 ff.
– auf Antrag der Parteien **55** 18 ff.
– außerhalb streitiger Verhandlung **55** 2
– bei Anerkenntnis **55** 6
– bei Aussetzung **55** 13
– bei isolierter Kostenentscheidung **55** 14
– bei Klagerücknahme **55** 3 f.
– bei örtlicher Unzuständigkeit **55** 12
– bei Säumnis **55** 7 ff.
– bei Säumnis beider Parteien **55** 10
– bei streitiger Verhandlung **55** 2
– bei Tatbestandsberichtigung **55** 15
– bei Verwerfung **55** 9
– bei Verzicht **55** 5
– bei vorl. Einstellung der Zwangsvollstreckung **55** 11
– bei Zurückweisung des Bevollmächtigten **55** 16
– Einspruch **55** 9
– für Beweisbeschluss **55** 23 ff.
– für Einholung eines Sachverständigengutachtens **55** 29

– ohne mündliche Verhandlung **55** 17
– Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht **41** 4
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz **61b** 4 ff.
Allgemeinverbindlicherklärung, Entscheidung über Wirksamkeit **98** 2 ff.
Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag
– Arbeitnehmerentendengesetz **131**
– internationale Zuständigkeit **131**
– Rechtsweg **131**
Amtsentbindung **21** 43
– ehrenamtlicher Richter **21** 38 ff.
– vorläufige **21** 46
Amtsenthebung, ehrenamtlicher Richter **27** 3 ff.
Amtsermittlung
– Fristen **46** 38
– Rechtsweg **46** 38
– Vollmachten **46** 38
Amtspflichtverletzung
– Amtsenthebung **27** 3
– Ordnungsgeld **28** 3 ff.
Amtszeit, ehrenamtlicher Richter **20** 7
Anerkenntnis
– Prozessvoraussetzungen **10** 14
– Schlichtungsausschuss **111** 30 ff.
Anerkenntnisurteil, Europäischer Vollstreckungstitel **13a** 6
Anfallwirkung **64** 3, **66** 43 ff.
Angestellter **5** 4
Anhörung der Beteiligten **83** 48
– Anhörungstermin **83** 50
– Ausbleiben der Beteiligten **83** 54
– fehlerhafte Beteiligung **83** 59
– Gütertermin **83** 49
– Kammertermin **83** 50
– mündliche Anhörung **83** 52
– Rechtsmittel **83** 60
– Schiedsverfahren **105** 3
– schriftliche Äußerung **83** 53

- schriftliches Verfahren **83 56**
- Vorbereitung des Termins **83 51**
- Anhörungsrüge **78a 2, 6, 92 10**
- Anhörungsrügensgesetz **78a 1**
- Endentscheidung Hauptsache und Nebenverfahren **78a 6**
- Entscheidung **78a 4**
- Entscheidungserhebliche Verletzung **78a 7**
- Frist **78a 3**
- Glaubhaftmachung des Zeitpunkts **78a 3**
- Grundsatz fairer Verhandlungsführung **78a 5**
- Hinweispflicht **78a 5**
- Kenntniserlangung **78a 3**
- Kosten **12 66**
- Rügeerhebung **78a 4**
- Statthaftigkeit **78a 2**
- Überraschungsentscheidung **78a 5**
- Verfassungsbeschwerde **78a 5**
- Anordnung des persönlichen Erscheinens **83 43**
- Anscheinsbeweis **58 59 ff.**
- Anschlussberufung **64 44 ff., 67 4**
- Akzessorietät **64 44, 52**
- Anspruchserhöhungen **64 47**
- Auflösungsantrag **64 49**
- Befristung **64 47, 51**
- Beschwer **64 47**
- Klageänderung **64 47**
- Kosten **64 55**
- selbstständige **64 44**
- Tenorierung **64 48, 50**
- unselbstständige **64 44**
- Widerklage **64 47**
- Anschlussbeschwerde **89 7**
- Anspruchsgrund, Bestimmtheit **46 63**
- Antrag **81 1**
- Antragsänderung **81 57**
- Antragschrift **81 3 siehe auch dort**
- Auslegung **81 4, 20 ff.**
- bestimmter Sachantrag **81 3**
- Bestimmtheit **81 2**
- Feststellungsantrag **81 12**
- Gestaltungsantrag **81 12**
- Globalantrag **81 5**
- Hinweispflicht **81 20**
- Leistungsantrag **81 12**
- personalvertretungsrechtliche Streitigkeit **81 8**
- Streitgegenstand **81 2**
- Verfahrensart, Urteilsverfahren, Beschlussverfahren **81 7**
- verwaltungsgerichtliches Verfahren **81 8**
- Antragsänderung
- Antragsrücknahme **81 60**
- Auslegung **81 57**
- Begriff **81 57**
- gerichtliche Entscheidung **81 61**
- Hilfsantrag **81 61**
- Klageänderung **81 57**
- konkludente Antragsrücknahme **81 61**
- Sachdienlichkeit **81 59**
- Unzulässigkeit **81 61**
- Zulässigkeit **81 58 ff.**
- Zustimmung der Beteiligten **81 59 f.**
- Antragsbefugnis **81 25 ff.**
- Antragsteller **81 27 f.**
- Arbeitgeber **97 8**
- Arbeitnehmer **81 43**
- Beteiligtenbefugnis **81 25**
- Betriebsrat **97 8**
- Betriebsvereinbarung **81 45**
- eigene Betroffenheit **81 27**
- Entscheidung über Tariffähigkeit/ Tarifzuständigkeit **97 6 ff.**
- Feststellungsantrag **81 31**
- Gestaltungsantrag **81 29**
- Leistungsantrag **81 28**
- oberste Arbeitsbehörde **97 7**
- Popularklage **81 25**
- Prozessführungsbefugnis **81 28**
- Prozesstandschaft **81 28**
- rechtliches Interesse **81 26**
- subjektives Recht **81 26**
- Tarifvertragsparteien **81 45**
- Zulässigkeitsvoraussetzung **81 25**
- Antragsrücknahme **81 53**
- Einstellung des Verfahrens **81 55**
- Einstellungsbeschluss **81 55**
- Form **81 54**
- Kostenentscheidung **81 55**
- Teilrücknahme **81 55**
- Wirkung **81 56**
- Zulässigkeit **81 54**

- Zustimmung **81 53**
- Antragsschrift
- Antragsgegner **81 10**
- Antragsteller **81 10**
- Begründungszwang **81 11**
- Form **81 9**
- Inhalt **81 9**
- Mitwirkungspflicht **81 11**
- Nachschieben von Gründen **81 11**
- Sachantrag **81 11**
- weiterer Beteiligter **81 10**
- Zeitpunkt der Antragstellung **46 25**
- Zustellung **81 52**
- Antragsteller
- Gewerkschaft **81 44**
- juristische Person **81 23**
- natürliche Person **81 23**
- notwendige Mehrheit **81 24**
- Personenmehrheit **81 24**
- Rechtssubjekt **81 23**
- tatsächliche Mehrheit **81 24**
- Anwaltsvergleich **46 44**
- Arbeit, Begriff **5 5**
- Arbeiter **5 4**
- Arbeitgeber **2 24**
- Antragsbefugnis **97 8**
- Beteiligter im Beschlussverfahren **83 16**
- ehrenamtlicher Richter **22 2 ff.**
- Arbeitgeberverband **83 27**
- Arbeitgebervereinigung **10 5, 20 16**
- Arbeitnehmer **2 23**
- Amateurfußballer **5 24**
- Amateursport **5 7**
- Angestellter **5 4**
- Antragsbefugnis **81 43**
- Arbeit **5 5**
- Arbeiter **5 4**
- Arbeitgebersphäre **5 51**
- arbeitnehmerähnliche Personen *siehe auch* dort
- Artist **5 16**
- Arzt **5 13**
- Auftraggeber **5 36**
- Außendienstmitarbeiter **5 18**
- Beamter **5 30, 68**
- Begriff **5 2**
- Beteiligter im Beschlussverfahren **80 19, 83 17**
- Betriebstechnik **5 15**
- Bühnenkünstler **5 16**
- Crowdworker **5 20**
- Dozent **5 23**
- ehrenamtlicher Richter **23 2**
- Einzelfälle **5 13 ff.**
- Ergebnisorientiert **5 11**
- europarechtliche Regelungen **5 2**
- faktisches Arbeitsverhältnis **5 8**
- Familienangehöriger **5 35**
- Fernsehen **5 14**
- Fernsehsprecher **5 15**
- Filialleiter **5 21**
- Frachtführer **5 22**
- Franchisenehmer **5 19**
- Gefälligkeitsverhältnis **5 6**
- Gesamtbetrachtung **5 10**
- Geschäftsführer **5 51**
- Gesellschafter **5 21, 51 ff.**
- Gesundheitsbranche **5 13**
- Handelsvertreter **5 69 f. siehe auch** dort
- Handlungsbevollmächtigter **5 51 ff.**
- Hausgewerbetreibende **5 33**
- Heimarbeiter **5 31**
- inhaltliche Gestaltung **5 14**
- kein Wahlrecht **5 12**
- Kommanditist **5 21**
- Kommissionär **5 19**
- Konkurrenz zu anderen Vorschriften **5 2**
- Kundenberater **5 18**
- Künstler **5 14**
- Lehrer **5 23**
- Lehrkraft **5 23**
- Lieferfahrer **5 22**
- Lizenzfußballer **5 24**
- materielle Ansprüche **5 2**
- Medien **5 14**
- nichtselbständige Arbeit **5 4**
- nichtselbstständig **5 9**
- Pilot **5 22**
- Plattformarbeiter **5 20**
- Praktikant **5 29**
- Programmgestaltung **5 15**
- Prokurist **5 51 ff.**
- Rahmenvereinbarung **5 6**
- Rechtsbindungswille **5 6**
- Regisseur **5 14**

- Repräsentant 5 51
- Rundfunksprecher 5 15
- Schauspieler 5 16
- Soldat 5 30
- Sportler 5 24
- tatsächliche Durchführung 5 10
- Taxifahrer 5 22
- Telefonist 5 18
- Vereinsmitglied 5 7
- verfahrensorientiert 5 11
- Versicherungsvertreter 5 19
- Vertragsbezeichnung 5 10
- Verwaltung 5 15
- Volontär 5 29
- Vorstandsmitglied 5 51
- Weisungen 5 11
- Wissenschaftler 5 14
- Zwischenmeister 5 35
- Arbeitnehmerähnliche Person 5 38 ff.
- Hebamme 5 39
- Kommissionär 5 41
- Rote-Kreuz-Schwester 5 41
- Zwangsarbeiter 5 40
- Arbeitnehmerendegesetz 1 31
- Arbeitnehmererfindungen 2 54 ff.
- Arbeitsgericht
 - Aufbau 11
 - auswärtige Kammern 14 12
 - Besetzung 6 1, 16 3 ff.
 - Dienstaufsicht 15 19
 - Errichtung 14 9
 - Kosten 7 10
 - Zuständigkeit 8 4
 - Zwangsvollstreckung 13a 7
- Arbeitspapiere 2 35 f.
 - Abgrenzung öffentliches Recht 2 36
- Arbeitsrechtliche Kommission 1 43, 47
 - Arbeitsvertragsrichtlinie 1 39
 - Dritter Weg 1 39
 - Schiedsstelle 1 39
 - Schlichtungsausschuss 1 39
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung 58 108
- Arbeitsverhältnis 2 30 f.
 - Beschlussverfahren 2a 23
 - Darlegungs- und Beweislast 58 87, 120
 - Streitigkeiten: Hausrecht 2 28
 - Streitigkeiten: Werkmietwohnung 2 27
 - Arrest 2 88, 62 58 ff.
 - Arrestanspruch 85 37
 - Arrestgesuch 85 38
 - Arrestgrund 85 37
 - Beschlussverfahren 85 36 ff.
 - Rechtsmittel 85 38
 - Vollziehung 85 38
 - Zuständigkeit des Gerichts 85 38
 - Zustellung 85 38
 - Arzt 5 13
 - Aufhebungsbeschwerde 92b 1
 - Aufhebungsklage 110 1 ff.
 - Aufhebungsgründe 110 3 ff.
 - Entscheidung 110 11
 - Klagefrist 110 9
 - Zulässigkeit 110 2
 - Auflösungsantrag 46 103
 - Aufrechnung 2 85, 46 116
 - Darlegungs- und Beweislast 58 91
 - Gegenseitigkeit 58 91
 - Pfändbarkeit 46 67
 - rechtswegfremde Forderung 46 118
 - Vorbehaltsurteil 48 9
 - Zulässigkeit 46 117
 - Aufsichtführender Richter, Geschäftsverteilung 6a 8
 - Augenschein 58 29
 - Ausforschungsbeweis 58 49 ff.
 - Auslagen
 - Aktenversendung 12 156 f.
 - Detektiv 12a 28
 - Dokumentenpauschale 12 149 ff.
 - Dolmetscher 12 158
 - Erhebungsgrundlagen 12 143 ff.
 - Privatgutachten 12a 28
 - Telegramme 12 154
 - Übersetzer 12 158
 - Vergleich 12 21
 - Vorschuss 12 159
 - Zustellungen 12 155
 - Ausschluss der Arbeitsgerichtsbarkeit 4 1 ff.
 - durch Schiedsgutachten 4 5
 - durch Schiedsvertrag 4 4
 - durch Vorverfahren 4 6 f.

- Ausschluss der Öffentlichkeit 52 7 ff. *siehe auch* Öffentlichkeit
- Ausschuss der ehrenamtlichen Richter
- Anhörungsrecht 29 12
 - Arbeitsgericht 29 2 ff.
 - Landesarbeitsgericht 38 2
 - Vorschlagsrecht 29 15
- Außendienstmitarbeiter 5 18
- Außerordentliche sofortige Beschwerde 77 5
- Begründung 77 7
 - Entscheidung 77 8
 - Verfahren 77 6
- Aussetzung 98 13
- Beschleunigungsgrundsatz 9 3
 - Tariffähigkeit 97 31 ff., 39
 - Tarifzuständigkeit 97 31 ff., 39
 - Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH 17
- Auswärtige Kammer 14 12
- Geschäftsstelle 7 6
- Auszubildende, Urteilsverfahren 2a 23
- Auszubildender 5 25 ff.
- Ausbildung 5 28
 - Ausbildungsähnlicher Vertrag 5 27
 - Beamter 5 30
 - Begriff 5 25
 - Berufsakademie 5 27
 - Praktikant 5 29
 - Soldat 5 30
 - Volontär 5 29
 - Weiterbildung 5 28
- Aut-aut-Fälle 2 77 ff.
- Beamter 5 30, 68
- ehrenamtlicher Richter 21 27
- Beeidigung 58 160
- Befangenheit 49 11 ff.
- Ablehnungsgesuch 49 21 ff.
 - Ablehnungsgründe 49 12 ff.
 - Ausschließungsgründe 49 4 ff.
 - Beschlussunfähigkeit 49 27
 - ehrenamtlicher Richter 20 32
 - Entscheidung 49 28
 - Entscheidung über Ablehnungsgesuch 49 24 ff.
 - Personenkreis 49 2
 - Rechtsmissbrauch 49 25 f.
 - Rechtsmittel 49 30 f.
 - Selbstablehnung 49 20
 - Verfahren bei Ausschließungsgrund 49 10
 - Verfahren bei Befangenheitsanträgen 49 3, 32 f.
- Beibringungsgrundsatz 46 32, 58 2
- Benachteiligungsverbot, ehrenamtlicher Richter 26 2 ff.
- Beratender Ausschuss
- Arbeitsgericht 18 10 f.
 - Landesarbeitsgericht 36 4
- Beratung
- Abstimmungsreihenfolge 9 15
 - ehrenamtlicher Richter 9 15, 20 33
 - Stimmenthaltung 9 15
- Berichtigung des Tenors 64 28
- Berufsrichter 6 6
- Befähigung zum Richteramt 18 3
 - Ernennung 6 4
 - Status 6 4
 - Unabhängigkeit 6 5
 - Vorsitzender 18 2
- Berufung 64 1 ff.
- als zweite Tatsacheninstanz 64 2
 - Anforderungen an die Berufungsbegründung 66 24 f., 31 ff.
 - Angriffs- und Verteidigungsmittel 66 29, 67 4
 - Anschlussberufung 64 44 ff., 67 4 *siehe auch* dort
 - Ausnahmen vom Zurückverweisungsverbot 68 4 ff.
 - Ausnahmen von der eingeschränkten Prüfungskompetenz 65 13 ff.
 - Beantwortungsfrist und Eilverfahren 66 37
 - bedingte Einlegung 66 8
 - Begriff der Rechtsverletzung 66 26
 - Begründung bei akzessorischen Streitgegenständen 66 35
 - Begründung und alternative Urteilsbegründung 66 34
 - Berufungsantrag 66 19 f.
 - Berufsbeantwortungsfrist 66 37
 - Berufungsbegründungsfrist 66 17

- Berufungserweiterung und Klageerweiterung **66 21**
- berufungsfähige Urteile **64 9**
- Berufungsfrist **66 10 ff. siehe auch** dort
- Berufungsurteil **69 1 ff. siehe auch** dort
- beschränkte Zulassung **64 26**
- Beschränkung der Berufung **65 1 ff.**
- Beschwer **64 4 siehe auch** dort
- Bindung an Tatsachenfeststellungen **66 27**
- Bindung an Zulassungsentscheidung **64 29**
- Bindung und Tatbestandsberichtigungsantrag **66 28**
- Dauer der Fristverlängerung **66 39**
- Devolutivwirkung **64 1, 3**
- ehrenamtlicher Richter **65 11**
- Einlegung und Telefax **66 6**
- Einlegung vor Urteilsverkündung **66 3**
- Einlegung vor Zustellung **66 4**
- elektronische Einlegung **66 6**
- Faksimile-Stempel, Paraphe **66 6**
- fehlende Sachentscheidung **68 17 ff.**
- Fristverlängerungen **66 38**
- funktionelle Zuständigkeit **65 10**
- Gerichtsgebühren **12 46 ff.**
- gesetzliche Schranken der Berufungsentscheidung **66 42 ff.**
- Grundsatz der Meistbegünstigung **66 3**
- grundsätzliche Bedeutung als Zulassungsgrund **64 22**
- Hilfsklageantrag und Anfall **66 44**
- internationale Zuständigkeit **65 2, 10**
- Kompensationspflicht des Gerichts **67 2, 16**
- mehrfache Einlegung **66 9**
- neue Tatsachen **66 29, 67 10 f.**
- ne ultra petita **66 45**
- Nichturteil **64 13**
- Präklusion durch das Arbeitsgericht **67 5 ff.**
- Präklusion durch das Berufungsgericht **67 12 ff.**
- Präklusion und Revisionsgericht **67 20**
- Prozessförderungspflicht und Präklusion **67 15**
- Prozesskostenhilfe **66 8, 16**
- Prozessstoff **66 23**
- Prüfungsumfang des Berufungsgerichts **66 23**
- Rechtswegprüfung **65 1, 4 ff., 13 ff.**
- reformatio in peius **66 45**
- Rücknahme **64 33, 36 ff.**
- sachliche Zuständigkeit **65 2, 10**
- Scheinurteil **64 13**
- Statthaftigkeit **64 14**
- Suspensivwirkung **64 1, 3**
- Teilangriff **66 21**
- Terminanberaumung **66 46**
- Überprüfung der örtlichen Zuständigkeit **65 10**
- Überprüfung der statthaften Verfahrensart **65 9**
- Umdeutung einer unzulässigen Berufung **64 51**
- und gewillkürte Parteierweiterung **64 10**
- Unterschrift **66 5 f.**
- unzulässige Berufung und Entscheidung **66 48 ff.**
- Verfahrensfehler **66 23**
- Verlängerungsgründe **66 40**
- Verpflichtung zur Rücknahme durch Vertrag **64 35**
- Versäumnisurteil **64 20**
- Vertretungszwang **66 5**
- Verweisung auf ZPO-Vorschriften **64 31 ff.**
- Verzicht **64 41 ff.**
- Vorabentscheidung und Tenorierung **65 4 ff.**
- Voraussetzungen der Präklusion **67 13 f.**
- Wiederholung der Rechtswegrüge in der Berufung **65 14, 17**
- Zulassung **64 15, 21 ff.**
- Zulassungsentscheidung **64 26**
- Zulassung und Ergänzung **64 28**
- Zurückverweisung nach ZPO **68 8**
- Zurückverweisungsverbot **68 3**

- Zuständigkeit und eingeschränkte Nachprüfung 65 2 ff.
- Berufungsantrag 66 19 f.
- Berufungsbegründung 66 22 ff.
 - Eilverfahren 66 17
 - Frist 66 17
- Berufungseinlegung 66 2 ff.
- Berufungserweiterung und Klageerweiterung 66 21
- Berufungsfähige Urteile 64 9
- Berufungsfrist 66 10 ff.
 - Beginn 66 12
 - Berechnung 66 11
 - Fünfmonatsfrist 66 13 f.
 - Versäumnung 66 15
- Berufungsurteil 69 7 ff.
 - Absehen von Tatbestand und Entscheidungsgründen 69 13
 - Absetzungsfrist 69 16
 - Kosten 69 14
 - Urteil und ehrenamtliche Richter 69 3
 - Urteil und Unterzeichnungserfordernis 69 3
 - Urteil und Verhinderungsgrund 69 4 f.
- Beschäftigungsklage 46 79
 - Bestimmtheit 46 79
 - Dienstordnungsangestellte 46 80
 - Feststellungsklage, negative 46 83
 - Gewerkschaftssekretär 46 81
- Bescheinigung der Geschäftsstelle, Urteilsabsetzung 60 15
- Beschleunigungsgrundsatz 9 1, 46 12
 - andere Gegenstände 61a 6
 - Anwendungsbereich 61a 4 ff.
 - Auflagenerteilung 61a 10 ff.
 - Aussetzung des Verfahrens 9 3
 - bei Bestimmung des Güetermins 61a 7 f.
 - bei Bestimmung des Kammertermins 61a 10
 - Fristensetzung 61a 10 ff.
 - gesetzliche Ausgestaltung 9 5
 - im Kündigungsschutzverfahren 61a 5
 - Rechtsmittel 9 4
 - Terminverlegung 61a 9
 - Verstoß 9 4, 61a 17
- Beschluss
 - Amtsermittlungsgrundsatz, keine Ermessensentscheidung 84 2
 - außergerichtlichen Kosten 84 11
 - Beschwerde 84 15
 - Bindungswirkung bei Zustimmungsersetzung 84 24 f.
 - Bindungswirkung nach der Insolvenzordnung 84 23
 - ehrenamtlicher Richter 84 2
 - Eingruppierungsrechtsstreit 84 25
 - Entscheidungsgründe 84 5
 - Entscheidungsreife 84 3
 - Gerichtskosten 84 11
 - instanzbeendender Beschluss 84 1
 - Kammerentscheidung 84 2
 - Kostenentscheidung 84 6, 11
 - präjudizielle Bindungswirkung 84 22
 - prozessualer Anspruch 84 16
 - Rechtskraft 84 13
 - Rechtskraft, formelle 84 14
 - Rechtskraft, materielle 84 16
 - Rechtskraft, wesentliche Änderung der Verhältnisse 84 18
 - Rechtskraft, zeitliche Grenze 84 17
 - Rechtskrafterstreckung auf Dritte 84 20
 - Rechtsmittel 84 15
 - Rechtsmittelbelehrung 84 6
 - schriftlich 84 4
 - Streitgegenstand 84 16
 - Streitwert 84 6, 12
 - Tatbestand 84 5
 - verfahrenslenkender Beschluss 84 1
 - Verkündung 84 4, 9
 - Verzicht 84 5
 - vorläufige Vollstreckbarkeit 84 8
 - Vorsitzender 84 2
 - wesentlicher Inhalt 84 4
 - Zustellung von Amts wegen 84 10
 - Zustimmungsersetzung 84 24 f.
- Beschlussverfahren 82 22, 85 52
 - Abgrenzung individualrechtlicher Anspruch Mitglied der Personalvertretung 80 31
 - Abgrenzungshilfe 2a 6

- Abgrenzung zum Urteilsverfahren **2a 6**
- Ablehnung/Ausschluss **80 38**
- Alleinentscheidungsbefugnis **80 46**
- allgemeiner Unterlassungsanspruch **85 46**
- Angestellter **80 26**
- Anhörungstermin **80 48**
- Anhörung vor der Kammer **80 47**
- Anordnung von Zwangsmaßnahmen **85 31**
- Antragsrecht **83 4**
- Antragsteller **80 5, 83 4**
- Arbeitgeber **83 16**
- Arbeitgeberverband **83 27**
- Arbeitnehmer **80 19, 83 17**
- arbeitsgerichtliche Zustimmung **80 12**
- Arrestanspruch **85 37**
- Arrestgrund **85 37**
- Arrestverfahren **85 36 ff.**
- Aufhebung einer personellen Maßnahme **85 8**
- Auslagen **12 162**
- ausschließliche Rechtswegzuständigkeit **2a 7**
- ausschließliche Zuständigkeit **2a 2**
- Ausschluss der Vollstreckbarkeit **85 10**
- Ausschluss der Vollstreckung **85 19**
- Ausschluss von Beschluss- und Urteilsverfahren **2a 4**
- Beamter **80 26**
- beamtete Mitarbeiter **80 30**
- Befangenheit **80 39**
- Beordnung **80 35 f.**
- Beratungsanspruch **85 48**
- Beschluss **80 8**
- Beschwerde **80 10**
- Besonderheiten zum Urteilsverfahren **2a 4**
- Bestellungsverfahren **80 44**
- Beteiligte **80 5, 19, 83 2**
- Beteiligtenfähigkeit **10 6, 80 5, 83 7 ff.**
- Beteiligtenstellung **83 4 ff., 12, 14 ff., 23**
- Beteiligter **83 2**
- Betrieb **83 16**
- Betriebsänderung **80 11, 13, 18, 85 48**
- betriebsbedingte Kündigung **80 11, 15**
- Betriebsrat **80 19, 83 11, 18, 85 23 ff.**
- Betriebsratsmitglied **83 23, 85 21 f.**
- Betriebsratswahl **85 49**
- betriebsstörende Person **85 32**
- Betriebsübergang/Betriebsinhaberwechsel **83 9**
- Betriebsversammlung **85 50**
- Beweisaufnahme **80 49**
- Beweislast **80 16**
- Bindungswirkung/Kündigungsschutzverfahren **80 20**
- Darlegungslast **80 16 f.**
- Dienstherr **80 26**
- Dienststelle **83 16**
- Dispositionsbefugnis **2a 8**
- dringendes betriebliches Erfordernis **80 16**
- Durchführung einer Betriebsänderung **80 12**
- eidesstattliche Versicherung **85 21 f.**
- Einigungsstelle **2a 10 ff., 80 39, 83 25 siehe auch** Beschlussverfahren, Einigungsstelle
- Einstellung der Vollstreckung **85 11**
- einstweilige Verfügung **80 44, 85 36, 39 ff., 48, 53 f., 56**
- Empfangsbekanntnis **80 40**
- Entscheidungskompetenz des Verwaltungsgerichts **80 29**
- Enumerationsprinzip **2a 3**
- Erledigungserklärung **83a 22**
- Ermessen des Vorsitzenden **80 44**
- Ersatzzustellung **80 40 f.**
- Fachkammer **80 27**
- Fachsenat **80 27**
- fehlerhafte Beteiligung **83 13**
- formelle Beteiligung **83 12**
- Funktionsverlust **83 11**
- Gegenstandswert **12 163 ff.**
- gemeinsamer Betrieb **83 16**
- Gerichtsgebühren **12 162**
- Gerichtskosten **80 9**

- Gesamt-/Konzernbetriebsrat **83 20**
- Gewerkschaften **83 26**
- grob betriebsverfassungswidriges Verhalten **85 8, 32**
- Güetermin **80 44 f.**
- gütliche Einigung **80 50**
- Herausgabevollstreckung **85 20**
- Informationsanspruch **85 48**
- Insolvenzverfahren **80 11, 13, 15**
- Insolvenzverwalter **80 17, 19**
- Interessenausgleich **80 13, 18**
- internationale Zuständigkeit **1 16, 2a 45**
- Jugend- und Auszubildendenvertretung **83 21**
- kollektive Streitigkeit **2a 2, 80 1**
- Kosten **12 162, 80 21**
- Kosten der Zwangsvollstreckung **85 30**
- Kostenentscheidung **80 9, 81 55**
- Kündigungsschutz **80 16, 18**
- Ladungs- und Einlassungsfrist **80 37**
- Mitwirkungspflicht **80 6, 17**
- Nebenintervention **83 6**
- nicht ersetzbarer Nachteil **85 10**
- nichtvermögensrechtliche Streitigkeit **85 13**
- nicht vollstreckbarer Beschluss **85 5**
- Nichtzulassungsbeschwerde **80 10**
- objektive Klagehäufung **2a 5**
- öffentlicher Dienst **2a 26, 80 26**
- Öffentlichkeit **80 43**
- ordentliche Gerichtsbarkeit **2a 3**
- Ordnungsgeld **85 34**
- Organmitglieder **83 23**
- örtliche Zuständigkeit **2a 45, 82 2 ff. siehe auch Beschlussverfahren, örtliche Zuständigkeit**
- Parteifähigkeit **80 34**
- Personalrat **83 18 f.**
- Personalvertretungsrecht **80 22, 26**
- personalvertretungsrechtliche Streitigkeiten **80 23, 25**
- personelle Angelegenheit/Einzelmaßnahme **85 32, 47**
- persönliches Erscheinen **80 42**
- Postulationsfähigkeit **11 1**
- Prozessfähigkeit **10 10, 80 34**
- Prozessförderungspflicht **80 50**
- Prozessgericht **85 29**
- Prozesskostenhilfe **80 35 f.**
- Prozessvertretung **11 31, 80 35**
- Prozessvoraussetzung **2a 8**
- Prozessvoraussetzung von Amts wegen **80 3**
- rechtliches Gehör **80 48**
- Rechtsbeschwerde **80 10**
- Rechtskraft **84 21, 85 13**
- rechtskräftiger Beschluss **85 2 f.**
- Rechtsmittel **2a 8, 80 10, 14, 20**
- Rechtsnatur **80 4**
- Rechtsschutzbedürfnis **81 46**
- Rechtsstreitigkeit **2a 6**
- Rechtsweg **2a 2**
- Regelungsstreitigkeit **2a 6**
- Restmandat/Übergangsmandat **83 10**
- Sachentscheidungsvoraussetzung **82 2**
- Säumnisverfahren **80 42**
- Schwerbehindertenvertretung **2a 35, 83 24**
- sonstige Beteiligte **83 5**
- sonstige Vollstreckungstitel **85 14**
- Sozialauswahl **80 16**
- Streitverkündung **83 6**
- Streitwert **80 21**
- Stufenvertretung **83 19**
- typische Fälle **2a 24**
- Untersuchungsgrundsatz **80 6**
- unvertretbare Handlung **85 24 f.**
- vereinfachte Zustellung **80 41**
- Verfahrensart **2a 8 f., 80 3, 32**
- Verfahrensbeteiligter **83 2**
- Verfahrensgrundsätze **83 1**
- Verfügungsanspruch **85 40**
- Verfügungsgrund **85 51**
- Vergleich **83a 4 f., 7, 85 2, 12**
- Verhandlung vor der Kammer **80 48**
- vermögensrechtliche Streitigkeit **85 7, 13**
- Vertrauensmann der Zivildienstleistenden **83 24**
- vertretbare Handlung **85 23**
- verwaltungsgerichtliche Zuständigkeit **80 30**
- Verweisung **2a 8 f., 80 32**

- Verweisung auf Urteilsverfahren **80 33**
- Verweisung auf ZPO **80 33**
- Verweisungsbeschluss **2a 9**
- Vollstreckung in Vermögen **85 19**
- Vollstreckungsgläubiger **85 17**
- Vollstreckungsschuldner **85 18**
- Vollstreckungsverfahren **85 27 f., 31**
- Vorabentscheidung **2a 8 f., 84 21**
- vorläufig vollstreckbarer Beschluss **85 2, 6 f.**
- Wahl der Verfahrensart **2a 8**
- Werkstatttrat **83 24**
- Wiederaufnahme **80 52**
- Wiedereinsetzung **80 51**
- Willenserklärung **85 22**
- wirtschaftliche Angelegenheiten **85 48**
- Wirtschaftsausschuss **83 22**
- Zurückweisung **80 42**
- Zuständigkeit **2a 1 ff., 27 ff., 80 27, 32** *siehe auch* Beschlussverfahren, Zuständigkeit
- Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte **80 28**
- Zustellung **80 40**
- Zustellung an den Betriebsrats- oder Personalratsvorsitzenden **80 41**
- Zwangshaft **85 34**
- Zwangsvollstreckung **80 8, 85 1 f., 4, 15 ff., 26 ff., 33 f.**
- Beschlussverfahren, Einigungsstelle
 - Abgrenzung **2a 11**
 - Durchbrechung der Zuständigkeit **2a 12**
 - innerbetriebliche Konfliktlösung **2a 10**
 - Rechtsstreitigkeit **2a 11**
 - Regelungsstreitigkeit **2a 11**
 - Vorabentscheidungsverfahren **2a 17**
 - Vorfragenkompetenz **2a 17**
- Beschlussverfahren, örtliche Zuständigkeit
 - Betriebsteil **82 8**
 - Betriebsvereinbarung **82 14**
 - Formwechsel, grenzüberschreitender **82 21**
 - grenzüberschreitende Mitwirkung **82 17**
 - Kleinbetrieb **82 8**
 - Sitz der Genossenschaft **82 20**
 - Sitz der nachgeordneten Leitung **82 16**
 - Spaltung, grenzüberschreitende **82 21**
 - Tarifvertrag **82 14**
 - Unternehmensangelegenheit **82 13**
 - Verschmelzung, grenzüberschreitende **82 21**
 - Wahlrecht **82 8**
- Beschlussverfahren, Zuständigkeit
 - Allgemeinverbindlichkeitserklärung **2a 43**
 - Auszubildende **2a 38 f.**
 - Berufsbildungseinrichtung **2a 38 f.**
 - betriebsverfassungsrechtliche Streitigkeit **2a 19**
 - Europäische (Aktien-) Gesellschaft **2a 40**
 - Europäische Genossenschaft **2a 40**
 - Europäischer Betriebsrat, Mitglied **2a 37**
 - Formwechsel **2a 41**
 - funktionale Zuständigkeit **2a 45**
 - grenzüberschreitende **2a 41**
 - Insolvenzverwalter **2a 18**
 - internationale Zuständigkeit **116, 2a 45**
 - Mischbetrieb **2a 26**
 - NATO-Streitkräfte **2a 27**
 - öffentlicher Dienst **2a 26, 80 26**
 - örtliche Zuständigkeit **2a 45, 82 2**
 - praktische Berufsausbildung **2a 38 f.**
 - Rechtsverordnungen **2a 43**
 - Schwerbehindertenvertretung **2a 35**
 - Spaltung **2a 41**
 - Tariffähigkeit, -zuständigkeit **2a 42**
 - Tarifverträge **2a 44**
 - Verschmelzungen, grenzüberschreitende **2a 41**
 - Werkstatttrat **2a 35 f.**

- zivile Beschäftigte **2a 27**
- Beschwer **64 4 ff.**
 - Berechnung **64 17 f.**
 - formelle **64 5, 15**
 - im Kostenpunkt **64 7**
 - materielle **64 6**
 - Streitwert **12 179**
 - Zeitpunkt **64 8**
- Beschwerde **91 2**
 - Anfechtbarkeit von Beschlüssen u. Verfügungen **90 4**
 - Anhörung der Beteiligten **90 2**
 - aufschiebende Wirkung **87 13 ff.**
 - Begründung **89 1 ff.**
 - Beschlussverfahren **87 2 ff.**
 - Beschränkung **88 1 ff.**
 - Einlegung **89 1 ff.**
 - Frist **78 2a**
 - Kostenentscheidung **12 181, 48 25**
 - neues Vorbringen **87 10 ff.**
 - Rücknahme **89 6**
 - unzulässige **89 4**
 - Verfahren **87 3 ff.**
 - Verfahren vor dem LAG **90 3**
 - Verkündung **91 6**
- Beschwerdeeinlegung, Vertretung **89 2**
- Beschwerdeentscheidung **92b 1 ff.**
 - Aufhebungsbeschwerde **92b 1**
 - Frist **92b 3 f.**
 - Fünfmonatsfrist **92b 3 f.**
 - Kassationsbeschwerde **92b 1**
 - sofortige Beschwerde **92b 1**
 - verspätete Absetzung **92b 1 ff.**
- Beschwerdeschrift, Inhalt **89 3**
- Beschwerdeverfahren **78 1 ff.**
 - Devolutiveffekt **78 1**
 - Entscheidung **78 13 ff.**
 - Erinnerung **78 3 f.**
 - Gegenstandswertbeschwerde **78 12**
 - keine Kostenentscheidung **12 192 f.**
 - Kosten **78 11 f.**
 - sofortige Beschwerde **78 4 ff.**
 - Statthaftigkeit **78 2**
 - Suspensiveffekt **78 1**
 - Verbot der reformatio in peius **78 10**
 - Verfahrensbeschwerde **78 1 f.**
- Beschwerdewert **64 16**
- Besetzung der Kammern
 - Arbeitsgericht **16 12 ff.**
 - Landesarbeitsgericht **35 5 ff.**
- Bestandsstreitigkeiten **64 19**
 - Streitwert **12 97 ff.**
- Bestreiten mit Nichtwissen **46 32**
- Beteiligtenfähigkeit
 - Begriff **10 1, 6**
 - Beschlussverfahren **83 7**
 - Betriebsinhaberwechsel/Betriebsübergang **83 9**
 - Betriebsrat **83 10**
 - Betriebsratsmitglieder/Organmitglieder **83 11**
 - juristische Person **83 8**
 - natürliche Person **83 8**
 - notwendige Verfahrensvoraussetzung **83 7**
 - Personen und Stellen **10 7**
 - Prozessuales **10 12**
 - Tariffähigkeit **97 13 ff.**
 - Tarifzuständigkeit **97 13 ff.**
 - Vereinigungen **10 8**
- Beteiligtenstellung
 - Arbeitgeber **83 16**
 - Arbeitgeberverband **83 27**
 - Arbeitnehmer **83 17**
 - Beschlussverfahren **83 3 ff., 15, 48**
 - Beteiligtenfähigkeit **83 7**
 - Betrieb **83 16**
 - Betriebsrat **83 18**
 - Betriebsrat/Gesamtbetriebsrat/
Konzernbetriebsrat **81 37**
 - Betriebsratsmitglied **83 23**
 - Betriebsstilllegung **81 38**
 - Dienststelle **83 16**
 - Einigungsstelle **83 25**
 - fehlerhafte Beteiligung **83 13**
 - gemeinsamer Betrieb **83 16**
 - Gesamt-/Konzernbetriebsrat **83 20**
 - Gewerkschaften **83 26**
 - Jugend- und Auszubildendenvertretung **83 21, 83a 16**
 - Organmitglieder **83 23**
 - Personalrat **83 18 f.**
 - Restmandat **81 38**
 - Schwerbehindertenvertretung **83 24**
 - Stufenvertretung **83 19**